

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[Nummer Erlassregister]

Vorentwurf eines Erlasses der Regierung zur Ausführung des Dekrets vom 22. November 2021 über die elektronische Überwachung im Rahmen der Strafvollstreckung

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Dekrets vom 22. November 2021 über die elektronische Überwachung im Rahmen der Strafvollstreckung, Artikel 5 §1 Absatz 2, Artikel 9 Absatz 2, Artikel 11 Absatz 2 und Artikel 14 Absatz 2;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom [Datum];

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom [Datum];

Aufgrund des Gutachtens Nr. [Nummer] des Staatsrates, das am [Datum] in Anwendung von Artikel 84 §1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des Ministers für Soziales;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL 1 – ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1 – Begriffsbestimmungen

Zusätzlich zu den in Artikel 2 des Dekrets erwähnten Begriffsbestimmungen versteht man für die Anwendung des vorliegenden Erlasses unter:

1. Dekret: das Dekret vom 22. November 2021 über die elektronische Überwachung im Rahmen der Strafvollstreckung;
2. Tagesbeschäftigung: die Zeitspanne, während der der Betroffene arbeitet oder einer Aus- oder Weiterbildung, mit dem Ziel der Wiedereingliederung auf dem Arbeitsmarkt, folgt;
3. Werktag: jeder Tag, der nicht ein Samstag, Sonntag oder gesetzlicher Feiertag ist.

Art. 2 – Zuständiger Dienst

Der für die Durchführung und Weiterverfolgung der elektronischen Überwachung zuständige Dienst ist der Fachbereich Justizhaus des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

KAPITEL 2 – KAPAZITÄT

Art. 3 – Information über die Kapazität

Der zuständige Dienst teilt den auftraggebenden Behörden auf elektronischem Wege mindestens einmal im Monat und immer, wenn er es für erforderlich hält, den Stand seiner Kapazität mit, um sie über den Rahmen der Durchführung der Aufträge zu informieren.

KAPITEL 3 – STANDARDZEITPLAN UND VORFÄLLE

Abschnitt 1 – Festlegung des Standardzeitplans

Art. 4 – Standardzeitplan

§1 – Der in Artikel 11 des Dekrets erwähnte Standardzeitplan besteht aus einer durchgehenden Zeitspanne, die für die Tagesbeschäftigung des Betroffenen, seine Fortbewegung und seine Freizeitstunden vorgesehen ist.

Die Stundenanzahl des Standardzeitplans ist abhängig von der Tagesbeschäftigung des Betroffenen.

An Tagen, an denen der Betroffene keiner Tagesbeschäftigung nachgeht, wird ihm eine durchgehende Zeitspanne von vier Stunden, von acht Uhr bis zwölf Uhr, gewährt. Diese Zeitspanne ist insbesondere für die Arbeitssuche, für Aktivitäten im Zusammenhang mit der Resozialisierung oder der Unterstützung der Familie bestimmt.

An Tagen, an denen der Betroffene einer Tagesbeschäftigung von weniger als sechs Stunden nachgeht, wird ihm eine durchgehende Zeitspanne von acht Stunden gewährt.

An Tagen, an denen der Betroffene einer Tagesbeschäftigung von sechs Stunden oder mehr nachgeht, wird ihm eine durchgehende Zeitspanne von zwölf Stunden gewährt.

Wenn die Tagesbeschäftigung, die Arbeitssuche oder die Aktivitäten im Zusammenhang mit der Resozialisierung oder der Unterstützung der Familie es rechtfertigen, kann die Zeitspanne aufgeteilt oder auf den unbedingt erforderlichen Zeitpunkt verschoben werden.

§2 – An Samstagen, Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen wird dem Betroffenen während des ersten Monats unter elektronischer Überwachung eine durchgehende Zeitspanne von vier Freizeitstunden gewährt. Diese Zeitspanne wird jeden Monat um zwei Stunden erhöht, bis zu einer Höchstanzahl von zehn Stunden.

Insofern der Betroffene an Samstagen, Sonntagen oder gesetzlichen Feiertagen einer Tagesbeschäftigung nachgeht, wird ihm die in Absatz 1 erwähnte Zeitspanne in der darauffolgenden Woche, außerhalb seiner Tagesbeschäftigung, gewährt.

§3 – Nach Verbüßung der Hälfte der zum Zeitpunkt der Entscheidung zur Gewährung der elektronischen Überwachung verbleibenden Freiheitsstrafe und insofern die auftraggebende Behörde keine gegenteilige Anweisung erteilt, wird der Standardzeitplan des Betroffenen durch den zuständigen Dienst abgeändert. Zu diesem Zweck informiert der zuständige Dienst die auftraggebende Behörde im Vorfeld über die Änderung des Standardzeitplans anhand eines Berichts.

Der abgeänderte Standardzeitplan verpflichtet den Betroffenen, von zweiundzwanzig Uhr bis sechs Uhr an seinem Wohnort anwesend zu sein.

In Abweichung von Absatz 2 kann der abgeänderte Standardzeitplan die Tagesbeschäftigung des Betroffenen berücksichtigen. In diesem Fall ist der Betroffene verpflichtet, außerhalb seiner Tagesbeschäftigung während einer durchgehenden Zeitspanne von acht Stunden an seinem Wohnsitz anwesend zu sein.

Art. 5 – Hafturlaub

§1 – Der Hafturlaub beginnt zwischen sechs Uhr und zehn Uhr und endet zwischen achtzehn Uhr und zweiundzwanzig Uhr.

Das Datum und die Zeitspanne des dem Betroffenen gewährten Hafturlaubs werden einvernehmlich mit dem Betroffenen festgelegt.

Vor und nach einem Hafturlaub ist der Betroffene verpflichtet, für mindestens dreißig Minuten an seinem Wohnort anwesend sein.

Am Tag des Beginns und am Tag des Endes des Hafturlaubs wird dem Betroffenen keine Zeitspanne an Freizeitstunden gewährt.

§2 – Insofern nicht anders von der auftraggebenden Behörde angegeben, können mehrere Hafturlaube aufeinanderfolgen, ohne die Verpflichtung eines dreißigminütigen Aufenthalts an dem Wohnsitz des Betroffenen zwischen den einzelnen Hafturlauben.

§3 – Der Betroffene muss dem zuständigen Dienst jeden gewährten Hafturlaub fünf Werktage vor dem geplanten Antrittsdatum mitteilen.

Art. 6 – Zusätzliche Zeitspannen

Eine zusätzliche Zeitspanne wird dem Betroffenen nur dann gewährt, wenn die Einhaltung einer individualisierten Sonderbedingung, die durch die Entscheidung über die Gewährung einer elektronischen Überwachung auferlegt wurde, dies erfordert oder die Ausführung einer formell rechtskräftigen gerichtlichen Entscheidung dies rechtfertigt.

Abschnitt 2 – Vorfälle

Art. 7 – Modalitäten zur Durchführung der Maßnahmen bei einem Verstoß gegen den Stundenplan

Verstößt der Betroffene gegen seinen Stundenplan, nimmt der zuständige Dienst Kontakt mit ihm auf, um die Situation zu klären und ihm gegebenenfalls bei der Lösung der Probleme zu helfen.

Der in Artikel 14 Absatz 1 Nummer 2 des Dekrets vorgesehene Verweis auf die Verpflichtungen des Betroffenen und die Mitteilung der Möglichkeit einer Neuberechnung des Stundenplans erfolgt über den schnellsten Kommunikationsweg.

Ab dem dritten festgestellten Verstoß gegen den Stundenplan zieht der zuständige Dienst dem Betroffenen die unrechtmäßig genutzten Stunden von seinen Freizeitstunden ab. Die Entscheidung wird dem Betroffenen schriftlich mitgeteilt.

Insofern der Betroffene seinen Stundenplan für mehr als vier Stunden nicht einhält, kann der zuständige Dienst über den schnellsten Kommunikationsweg eine Meldung an die auftraggebenden Behörden übermitteln.

Ist der Betroffene nicht erreichbar, erfolgt die in Absatz 4 erwähnte Meldung von Amts wegen.

KAPITEL 4 – SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 8 – Inkrafttreten

Vorliegender Erlass tritt am 1. Juni 2022 in Kraft und ist anwendbar auf alle ab diesem Datum ausgesprochenen Verurteilungen.

Art. 9 – Durchführungsbestimmung

Der Minister für Soziales wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

**Antonios
Antoniadis** Digital unterschrieben
von Antonios Antoniadis
Datum: 2022.03.24
08:53:32 +01'00'

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[Nummer Erlassregister]

Voorontwerp van een besluit van de Regering tot uitvoering van het decreet van 22 november 2021 betreffende het elektronisch toezicht in het kader van de strafuitvoering

DE REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP,

Gelet op het decreet van 22 november 2021 betreffende het elektronisch toezicht in het kader van de strafuitvoering, artikel 5, § 1, tweede lid, artikel 9, tweede lid, artikel 11, tweede lid en artikel 14, tweede lid;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op [datum];

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. [datum];

Gelet op advies [nummer] van de Raad van State, gegeven op [datum], met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2°, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Op de voordracht van de Minister van Sociale Aangelegenheden;

Na beraadslaging,

Besluit:

HOOFDSTUK 1 – ALGEMENE BEPALINGEN

Artikel 1 – Definities

Naast de definities vermeld in artikel 2 van het decreet wordt voor de toepassing van dit besluit verstaan onder:

1° decreet: het decreet van 22 november 2021 betreffende het elektronisch toezicht in het kader van de strafuitvoering;

2° dagelijkse tijdsbezetting: de periode waarin betrokkene werkt of een opleiding volgt met het oog op herinschakeling op de arbeidsmarkt;

3° werkdag: elke dag die geen zaterdag, zondag of wettelijke feestdag is.

Art. 2 – Bevoegde dienst

De dienst die verantwoordelijk is voor de uitvoering en de opvolging van het elektronisch toezicht is het departement Justitiehuis van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap.

HOOFDSTUK 2 – CAPACITEIT

Art. 3 – Informatie over de capaciteit

De bevoegde dienst deelt de stand van zijn capaciteit ten minste één keer per maand, en telkens wanneer hij dit nodig acht, elektronisch mee aan de opdrachtgevende overheden om ze op de hoogte te houden van de context van de uitvoering van de opdrachten.

HOOFDSTUK 3 – STANDAARDTIJDSHEMA EN INCIDENTEN

Afdeling 1 – Vastlegging van het standaardtijdschema

Art. 4 – Standaardtijdschema

§ 1 – Het standaardtijdschema vermeld in artikel 11 van het decreet bestaat uit een ononderbroken periode die bezet is met de dagelijkse bezigheden, de verplaatsingen en de vrijetijdsbesteding van betrokkene.

Het aantal uren van het standaardtijdschema is afhankelijk van de dagelijkse tijdsbezetting van betrokkene.

Op dagen waarop betrokkene geen dagelijkse bezigheden heeft, wordt hem een ononderbroken periode van vier uur toegekend, van acht uur 's morgens tot twaalf uur 's morgens. Die periode is in het bijzonder bedoeld om werk te zoeken, activiteiten inzake resocialisatie te doen of het gezin te ondersteunen.

Op dagen waarop betrokkene een dagelijkse tijdsbezetting van minder dan zes uur heeft, wordt hem een ononderbroken periode van acht uur toegekend.

Op dagen waarop betrokkene een dagelijkse tijdsbezetting van zes uur of meer heeft, wordt hem een ononderbroken periode van twaalf uur toegekend.

Indien de dagelijkse bezigheden, het zoeken naar werk, de activiteiten inzake resocialisatie of het ondersteunen van het gezin zulks rechtvaardigen, kan de periode worden opgesplitst of naar de absoluut noodzakelijke tijdspanne worden verschoven.

§ 2 – Op zaterdagen, zondagen en wettelijke feestdagen krijgt betrokkene gedurende de eerste maand van het elektronisch toezicht een ononderbroken periode van vier uur voor vrijetijdsbesteding. Die periode wordt elke maand met twee uur verhoogd, tot een maximum van tien uur.

Indien betrokkene een dagelijkse tijdsbezetting heeft op zaterdagen, zondagen of wettelijke feestdagen, krijgt hij de periode vermeld in het eerste lid in de daaropvolgende week, buiten zijn dagelijkse tijdsbezetting.

§ 3 – Na het uitzitten van de helft van de vrijheidsstraf die nog moet worden ondergaan op het tijdstip van de beslissing tot toekenning van elektronisch toezicht en voor zover de opdrachtgevende overheid geen andersluidende aanwijzing geeft, wordt het standaardtijdschema van betrokkene door de bevoegde dienst gewijzigd. Daartoe stelt de bevoegde dienst de opdrachtgevende overheid vooraf in kennis van de wijziging van het standaardtijdschema door middel van een verslag.

Het gewijzigde standaardtijdschema verplicht betrokkene ertoe om van tweeëntwintig uur tot zes uur 's morgens op zijn verblijfplaats aanwezig te zijn.

In afwijking van het tweede lid kan het gewijzigde standaardtijdschema rekening houden met de dagelijkse tijdsbezetting van betrokkene. In dat geval is betrokkene ertoe verplicht om buiten zijn

dagelijkse tijdsbezetting gedurende een ononderbroken periode van acht uur op zijn verblijfplaats aanwezig te zijn.

Art. 5 – Penitentiair verlof

§ 1 – Het penitentiair verlof vangt aan tussen zes uur en tien uur 's morgens en eindigt tussen achtien uur en tweeëntwintig uur.

De datum en de tijdspanne van het penitentiair verlof van betrokkene worden in onderlinge overeenstemming met betrokkene vastgesteld.

Voor en na een penitentiair verlof is betrokkene ertoe verplicht minstens dertig minuten op zijn verblijfplaats aanwezig te zijn.

Op de eerste en de laatste dag van het penitentiair verlof wordt hem geen vrije tijd toegekend.

§ 2 – Behoudens andersluidende bepaling van de opdrachtgevende overheid kunnen verscheidene perioden van penitentiair verlof op elkaar volgen, zonder dat betrokkene verplicht is dertig minuten op zijn verblijfplaats aanwezig te zijn tussen elke periode van penitentiair verlof in.

§ 3 – Betrokkene moet elk toegekend penitentiair verlof vijf werkdagen vóór de geplande begindatum aan de bevoegde dienst meedelen.

Art. 6 – Aanvullende tijdspannen

Aan betrokkene wordt slechts een aanvullende tijdspanne toegekend indien dit noodzakelijk is om te voldoen aan een specifieke, geïndividualiseerde voorwaarde die is opgelegd bij de beslissing om elektronisch toezicht toe te staan of indien dit gerechtvaardigd is door de uitvoering van een in kracht van gewijsde gegane beslissing.

Afdeling 2 – Incidenten

Art. 7 – Nadere regels voor de uitvoering van de maatregelen bij niet-naleving van het uurrooster

Indien betrokkene zich niet aan zijn uurrooster houdt, neemt de bevoegde dienst contact met hem op om de situatie in de juiste context te plaatsen en om hem zo nodig bij het oplossen van de problemen te helpen.

Als betrokkene overeenkomstig artikel 14, eerste lid, 2°, van het decreet op zijn verplichtingen wordt gewezen en hem wordt meegedeeld dat zijn uurrooster herberekend kan worden, geschiedt dat via het snelste communicatiemiddel.

Vanaf de derde keer dat wordt vastgesteld dat betrokkene het uurrooster niet heeft nageleefd, trekt de bevoegde dienst de onrechtmatig gebruikte uren af van de vrije tijd van betrokkene. De beslissing wordt betrokkene schriftelijk meegedeeld.

Indien betrokkene zich gedurende meer dan vier uur niet aan zijn uurrooster houdt, kan de bevoegde dienst dat via het snelste communicatiemiddel aan de opdrachtgevende overheden melden.

Indien betrokkene niet bereikbaar is, geschiedt de melding bedoeld in het vierde lid van ambtswege.

HOOFDSTUK 4 – SLOTBEPALINGEN

Art. 8 – Inwerkingtreding

Dit besluit treedt in werking op 1 juni 2022 en is van toepassing op alle veroordelingen die vanaf die datum worden uitgesproken.

Art. 9 – Uitvoeringsbepaling

De minister bevoegd voor Sociale Aangelegenheden is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën
O. PAASCH

De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting
A. ANTONIADIS